

Bern

Das Täuschmanöver bleibt ohne Konsequenzen

Bildungskommission will Fachhochschul-Standortfrage nicht neu aufrollen.



Hier soll dereinst die Technische Fachschule zu Hause sein: Heutiger Fachhochschul-Standort Gsteig in Burgdorf. Foto: Valérie Chételat

Adrian M. Moser

Die Berner Fachhochschule (BFH) soll wie geplant in Bern und Biel konzentriert werden. Die Bildungskommission des Grossen Rates spricht sich nach ihrer Sitzung vom Dienstag dagegen aus, den Grossratsentscheid vom vergangenen Juni noch einmal zur Debatte zu stellen. Das Parlament hat damals einem Kompromiss zugestimmt: Die BFH soll in neuen Campus in Bern und Biel untergebracht werden. Dafür zieht die Technische Fachschule von Bern nach Burgdorf. Zusätzlich soll in Burgdorf ein Cleantech-Kompetenzzentrum entstehen.

Vor einem Monat ist es erneut zu Diskussionen gekommen, nachdem bekannt geworden ist, dass die BFH plant, das Departement Wirtschaft, Gesundheit, Soziale Arbeit (WGS) in drei einzelne Departemente aufzuteilen. Diese organisatorische Aufteilung ist politisch brisant, weil Grossräte, die sich für den BFH-Standort Burgdorf einsetzten, es gerne gesehen hätten, wenn wenigstens ein Teil des Departements WGS - zum Beispiel der Fachbereich Wirtschaft - nach Burgdorf gezogen wäre. Viele Parlamentarier sehen sich nun getäuscht, weil die BFH

dem Parlament die Pläne vor der Debatte im Juni verschwiegen und BFH-Rektor Herbert Binggeli gegenüber der Bildungskommission eine Aufteilung sogar explizit ausgeschlossen hat.

Am Dienstag musste sowohl Binggeli wie auch der bernische Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) bei der

«Verantwortliche haben Mängel in der Kommunikation eingeräumt.»

Mitteilung der Bildungskommission

Kommission antraben. Die Kommission habe die Aufteilung des Departements WGS «als Vertrauensverlust stark kritisiert», heisst es in einer Mitteilung von gestern. «Der mangelnde Transparenz gegenüber dem Grossen Rat wurde von den Verantwortlichen anerkannt, und

es wurden Mängel in der Kommunikation eingeräumt.»

Die Kommission sehe jedoch «keine hinreichenden Gründe», den Entscheid des Parlaments zu den Standorten Bern und Burgdorf neu aufzurollen. Offenbar ist es Pulver und Binggeli gelungen, die Kommission davon zu überzeugen, dass eine geografische Aufteilung des Departements WGS trotz der organisatorischen Aufteilung nicht sinnvoll wäre. Noch vor zwei Wochen hatte die Kommission angekündigt, die Standortkonzentration nach der Anhörung von Binggeli und Pulver «überprüfen» zu wollen.

Allerdings, teilt die Kommission weiter mit, anerkenne sie «die aufgrund dieser ungenügenden Kommunikation laut gewordenen kritischen Stimmen gegenüber der Umsetzung der Pläne in Burgdorf». Es solle deshalb nach einer verbindlichen Verknüpfung der Kredite für den Campus Bern und Burgdorf gesucht werden. Die Möglichkeiten dazu würden an einer nächsten Sitzung mit den Beteiligten diskutiert. Um dafür genug Zeit zu haben, beantragt die Kommission dem Grossen Rat, die Beratung des Kredits für den Campus Bern auf die Septembersession zu verschieben.

Pensionskasse erhitzt noch immer die Gemüter

Die Strafuntersuchung gegen die Ostermündiger Pensionskasse ist eingestellt. Nun erhebt der ehemalige Stiftungsratspräsident Vorwürfe.

Naomi Jones

Die Staatsanwaltschaft hat ihr Verfahren gegen ehemalige Verantwortliche der Ostermündiger Pensionskasse (PVS B-I-O) eingestellt. Die zum Teil «happigen Vorwürfe» seien widerlegt, sagte gestern der ehemalige Stiftungsratspräsident und Ittiger Gemeindepräsident Marco Rupp (BVI) vor den Medien. «Wir sind froh, dass das Damoklesschwert weg ist.»

Im Sommer 2015 hatte ein Gemeindemitarbeiter Anzeige gegen unbekannt wegen ungetreuer Geschäftsführung eingereicht. Die Kasse war in eine Unterdeckung geraten. Rund 50 Millionen Franken wird dies die öffentliche Hand kosten. Grundlage der Anzeige war eine Analyse der SP-Parlamentarierin Colette Nova und des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission von Bolligen, Hans Flury. Dass das Verfahren eingestellt

worden sei, sei keine «Absolution» für den Stiftungsrat, sagte Rupp. Dieser habe unternehmerische Fehler gemacht. Doch seien danach die Konsequenzen gezogen worden.

Rupp versus Nova und Flury

Dann jedoch drehte Rupp den Spieß um und richtete Vorwürfe an die Adresse von Nova und Flury. «Die Klage der Privatperson kann ich nachvollziehen», sagte Rupp. Unverständlich sei ihm aber das Verhalten von Nova und Flury. Zu Beginn des Verfahrens habe der Stiftungsrat mit diesen das Gespräch gesucht. Doch glaube er, dass es Nova und Flury dabei nicht um «eine konstruktive Lösung» gegangen sei. «Sie sagten uns mehrmals, dass wir den Laden schliessen sollten.» Zudem hätten die beiden Kritiker auch dann Behauptungen über angeblich schlechte Prognosen der Kasse verbreitet, als Experten ihnen falsche Annahmen und falsche Berechnungen nachgewiesen hätten. «Der Bericht fügte der PVS B-I-O grossen moralischen und finanziellen Schaden zu», sagt Rupp. Anwalt, Expertisen und Arbeitsleistungen für das Verfahren hätten mehrere Hunderttausend Franken gekostet. Nicht zuletzt hätten die Vorwürfe von Nova im

letzten November das Nein der Ostermündiger zum Sanierungskredit und damit die Auflösung der Kasse bewirkt.

Colette Nova gibt die Vorwürfe gleich zurück. Der Bericht sei weder für die Schieflage der Kasse noch für die Anzeige verantwortlich. Sie und Flury hätten einen Plan zur Sanierung der Pensionskasse formuliert und an die Entscheidungsträger geschickt. «Als ich aber die Gegenofferten sah, gab es für mich keinen Grund mehr, die Pensionskasse zu retten», sagt sie. Rupp selbst habe «krass falsche Aussagen» gemacht und habe bald einen «konfrontativen» Kommunikationsstil gepflegt.

Kassenwechsel zum Neujahr

Nach dem Nein der Ostermündiger zum Sanierungskredit für die PVS B-I-O hat der Gemeinderat den Pensionskassenwechsel beschlossen. Dieser soll bis zum Jahreswechsel vollbracht sein. Zurzeit holt der Gemeinderat laut Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos) bei verschiedenen Pensionskassen Offerten ein und wertet sie bis Anfang April aus. Ende Juni soll das Parlament darüber befinden, und voraussichtlich im September wird das Volk den zum Wechsel nötigen Kredit genehmigen müssen.

Anzeige

«Die Menge des guten Geschmacks»

SLOW FOOD MARKET

10. – 12. März 2017
BERNEXPO | Halle 4
www.slowfoodmarketbern.ch

Bern soll Erinnerungsort für Freiheit und Demokratie erhalten

Der Gemeinderat will kein Denkmal für Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939), wie dies die Fraktion GB/JA verlangt hat.

Bernhard Ott

Der Berner Gemeinderat mag keine Denkmäler. Er lehnt die Forderung der Fraktion GB/JA nach einem Denkmal für die 800 Schweizer Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) ab. Bereits vor zwei Jahren hatte die Stadtregierung die Errichtung eines Denkmals für Spanienkämpfer mit der Begründung abgelehnt, dass Denkmäler im 21. Jahrhundert «nicht mehr zeitgemäss» seien. Der Stadtrat hat diese Antwort aber gar nicht goutiert und den Bericht zurückgewiesen, sodass der Gemeinderat nochmals über die Bücher gehen musste.

Das Schicksal des Stadtgründers

Im nun vorliegenden zweiten Bericht begründet der Gemeinderat seine anhaltende Abneigung gegen Denkmäler damit, dass die meisten Stadtbewohner die Botschaften der bereits bestehenden Denkmäler in der Stadt sowieso nicht mehr verstehen würden. So hätten die Bronzestandbilder «Grosser Berner» im Laufe der Jahre mehrere Standortwechsel erlitten. Sogar Herzog Berchtold V. von Zähringen, der Berner Stadtgründer, habe jahrelang ein Dasein auf einem städtischen Abstellplatz an der Freiburgstrasse fristen müssen.

Die Botschaft hinter diesen Ausführungen ist klar: Wenn die Berner schon mit ihrem Stadtgründer nichts anfangen können, dann erst recht nicht mit den Schweizer Kämpfern, welche die spanische Republik gegen den Militärputsch mitverteidigt hatten. Vor zwei Jahren hatte der Gemeinderat noch argumentiert, Freiwillige aus Bern hätten im Spanischen Bürgerkrieg ohnehin «keine herausragende Rolle» gespielt - weder als militärische noch als politische Anführer.

Es gebe demnach keinen «direkten Bezug zum Ausstellungsort».

Inhalte statt «Lippenbekenntnisse»

Heute kommt der Gemeinderat dem Anliegen zumindest insofern entgegen, als dass er einen «Erinnerungsort für Freiheit und Demokratie» in einer künftigen Grossüberbauung einrichten möchte. Erinnerungsorte seien im Unterschied zu Denkmälern wandelbar. Sie passten sich in ihren Aussagen der jeweiligen Gegenwart an. Erinnerungsorte ermöglichen «verschiedene Deutungen» und «wandelbare Interpretationen», hält der Gemeinderat fest.

Dies ist dem einstigen Stadt- und heutigen Grossrat Hasim Sancar aber zu wenig. Bekenntnisse zu Demokratie und Freiheit seien heute überall zu hören. Gerade deshalb seien konkrete Inhalte notwendig - wie dies einst im Spanischen Bürgerkrieg der Fall gewesen sei. Die Spanienkämpfer hätten nicht nur für Demokratie und Freiheit, sondern auch gegen den Faschismus gekämpft. «Gerade in einer Zeit des Aufstiegs autoritärer Regierungen wäre ein Bekenntnis zu den Spanienkämpfern wichtig», sagt Sancar.

Stadtrat Schüler kriegen Tablets

Berner Schüler und Lehrerinnen sollen in den nächsten Jahren neue Computer und Tablets bekommen, da war sich der Berner Stadtrat gestern Abend einmal einig. Er genehmigte das Projekt Schulinformatik «base4kids 2» mit einem Projektierungskredit für die Konzeption und Evaluation des IT-Ausbaus (der «Bund» berichtete). Zu diskutieren gab mehr die Frage, ob bereits jetzt festgeschrieben werden solle, dass die Schulen zwingend Open-Source-Software verwenden werden müssen. Das Parlament folgte dem Aufruf von Gemeinderätin Franziska Teuscher (GB), welche dafür warb, den Informatik- und Schulumt-Experten zu vertrauen. Diese werden nun prüfen, ob ein gleichwertiges Open-Source-Programm zu einer proprietären Software existiert, und ihre Empfehlung abgeben. (sie)

Anzeige

Pallas Kliniken

Exzellente Medizin +
Menschliche Behandlung



Informationsveranstaltung am Dienstag, 14. März 2017

**Glaukom –
Wenn das Auge unter Druck gerät.**

Referent Dr. med. Myron Kynigopoulos
Leitender Arzt Refraktive Chirurgie und
Med. Standortleiter Bern

Ort..... Pallas Klinik
Länggassstrasse 18, 3012 Bern

Beginn 18.30 Uhr, Dauer ca. eine Stunde

Anmeldung..... unter www.pallas-kliniken.ch/infoveranstaltung
oder Telefon 058 335 00 00

Wir freuen uns, Sie bei uns zu begrüssen!
Pallas Kliniken AG • info@pallas-kliniken.ch • www.pallas-kliniken.ch